

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20.10.2009

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 18:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 18:12 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:40 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:40 Uhr bis 19:00 Uhr

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Verwaltung bat mit Schreiben vom 9. Oktober 2009 um die Aufnahme folgender TOP:

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlagen-Nummer: V/2009/08355

sowie

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Gesellschaft für Wohn- und
Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlagen-Nummer: V/2009/08357.

Herr Dr. Pohlack begründete die Dringlichkeit für die Aufnahme der beiden Vorlagen in die Tagesordnung. U. a. führte er aus, dass es sich um fakultative Aufsichtsräte handele. Die Änderung der Gesellschaftsverträge soll eine Verbesserung der Steuerung ermöglichen. Geplant waren die Änderungen bereits seit ca. zwei Jahren.

An der kurzen Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Wolter, Herr Bönisch und Herr Dr. Pohlack.

Aus den Reihen der Mitglieder wurde kritisiert, dass die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt die Veränderungen vorlegt. Es entstehe der Eindruck, dass dies jetzt erfolgt, da sich eine Entscheidung anbahnt, die nicht im Sinn der Verwaltung sei.

Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass nach rechtlicher Prüfung ein Eingreifen in ein laufendes Wahlverfahren nicht mehr möglich sei.

(16:40 Uhr - Frau Hinz und Herr Wehrich kamen in die Sitzung.)

Herr Dr. Pohlack verwahrte sich gegen persönliche Befindlichkeiten. Das Verfahren bei der GWG sei abgeschlossen. Er sehe keine Notwendigkeit zur Änderung, da auch kein anderes Ergebnis zu erwarten sei. Bei der HWG sei in der letzten Sitzung das einvernehmliche Ergebnis erreicht worden, ein Rechtsgutachten abzuwarten und den TOP erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen. Der eigentliche Wahlvorgang wurde noch nicht begonnen.

Abstimmung zum Antrag der Verwaltung zur Ergänzung der Tagesordnung:

5 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

Die notwendige 2/3 Mehrheit zur Ergänzung der Tagesordnung wurde nicht erreicht.

Die Tagesordnung wird nicht um die beiden Punkte ergänzt.

Weiterhin bat sie, den geplanten TOP 7.3 -

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion
Gebührendämpfung im Kindertagesstättenbereich
Vorlagen-Nummer: V/2009/08139

von der Tagesordnung abzusetzen, da der Antrag im Jugendhilfeausschuss zurückgestellt worden ist und erst im November beraten werden wird.

Abstimmung zur Absetzung des TOP 7.3:

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde beschlossen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung am 22. September 2009
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Jahresabschluss 2008 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2009/08110
 - 5.2. Änderung der Satzung der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale
Vorlage: V/2009/08223
 - 5.3. Feststellung des Jahresabschlusses 2008 der ARGE SGB II Halle GmbH
Vorlage: V/2009/08121
 - 5.4. Erweiterung und Sanierung Feuerwache Süd - Baubeschluss -
Vorlage: V/2009/08120
 - 5.5. Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: V/2009/08280
 - 5.6. Grundsatzvorlage Zukunftskonzept Eissporthalle
Vorlage: V/2009/08274
 - 5.7. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: V/2009/08264
 - 5.8. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2009/08267
6. Umsetzung des Angebotes an Studierende - Erstattung des Semesterbeitrages und des Semestertickets der HAVAG
Vorlage: V/2009/08167
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung
Vorlage: IV/2009/07950
 - 7.2. Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Realisierung eines Bolzplatzes in Heide-Süd
Vorlage: IV/2009/08028

- 7.3. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion
- Gebührendämpfung im Kindertagesstättenbereich
Vorlage: V/2009/08139

- v e r t a g t

8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
9.1. Stand der Umsetzung des Konjunkturprogramms II
10. mündliche Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung am 22. September 2009

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 22. September 2009 wurde ohne Änderungen oder Ergänzungen genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22. September 2009 wurde folgender abschließender Beschluss gefasst:

- zu 3.1 Verkauf eines kommunalen Grundstückes
Vorlage: V/2009/08199

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstückes Virchowstraße 04 (Gemarkung Dölau, Flur 03, Flurstück 360) an den Arbeiter Samariter Bund Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Emil-Abderhalden-Straße 21 in 06108 Halle (Saale) zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Jahresabschluss 2008 Eigenbetrieb Kindertagesstätten** **Vorlage: V/2009/08110**

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu und entlastet die Betriebsleitung für das Geschäftsjahr 2008.

Der durch die Betriebsleitung aufgestellte Jahresabschluss weist zum 01.01.2008 eine Bilanzsumme von EURO 34,7 Mio. und zum 31.12.2008 eine Bilanzsumme von EURO 36,9 Mio. aus. Damit ergibt sich für den Berichtszeitraum 2008 ein positives Delta von EURO 2,2 Mio.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen positiven Wert von EURO 50,1 Tsd. aus.

Der Betriebsausschuss und die Betriebsleitung beantragen gegenüber dem Stadtrat folgende Gewinnverwendung:

Der Jahresüberschuss von 50.072, 27 EURO wird auf neue Rechnung vorgetragen.

zu 5.2 **Änderung der Satzung der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale** **Vorlage: V/2009/08223**

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt folgende Änderung der Satzung der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale.

§ 8 Abs. (3) wird neu hinzugefügt und wie folgt gefasst:

(3) „Die Mitglieder des Stiftungsrates haben Anspruch auf Ersatz ihrer tatsächlichen Auslagen. Darüber hinaus erhalten die Stiftungsräte auf Beschluss des Stiftungsrates eine angemessene Pauschale für ihren Zeitaufwand und Arbeitseinsatz. Die Angemessenheit im Sinne dieser Regelung orientiert sich am Freibetrag gemäß § 3 Nr. 26a des Einkommensteuergesetzes.“

2.

Der amtierende Vorstand der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

zu 5.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2008 der ARGE SGB II Halle GmbH - Vorlage: V/2009/08121

Auf Nachfrage von Herrn Knöchel erläuterte Herr Neumann, dass der kommunale Finanzierungsanteil ab dem Jahr 2010 auf 12,9 % (bisher 10 %) ansteigen werde.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

(Frau Hinz beteiligte sich nicht.)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der ARGE SGB II Halle GmbH vom 02.07.2009:

1. Der von der Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2008 wird in der von der Henschke und Partner GbR geprüften und am 30.04.2009 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	0,00 €
Die Bilanzsumme beträgt	231.736,45 €

2. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.

zu 5.4 Erweiterung und Sanierung Feuerwache Süd - Baubeschluss - Vorlage: V/2009/08120

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Krause und Herr Misch.

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch erläuterte Herr Krause, dass im Vergabeausschuss der auch hier vorliegende Baubeschluss beraten wurde, aber noch keine Vergabe.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stimmt der Erweiterung des Objektes Feuerwache Süd, Liebenauer Straße 123 im Rahmen des Konjunkturpaketes II mit einem Gesamtaufwand in Höhe von 1.700.000 Euro in den Jahren 2009 und 2010 zu.
2. Dem Umbau und der Sanierung des Bestandsgebäudes mit einem Aufwand von 2.294.000 Euro in den Jahren 2011 und 2012 wird zugestimmt.

Finanzielle Auswirkung:

Erweiterungsbau:

Ausgaben	2009 - 2010	1.500.000 €	HHSt. 2.1300.985100 - 013
		200.000 €	HHSt. 2.1300.985200 – 013
Einnahmen	2009 - 2010	<u>1.487.500 €</u>	HHSt. 2.1300.361030 – 013
Eigenmittel		212.500 €	

Umbau / Sanierung Bestandsgebäude:

Ausgaben	2011 - 2012	1.718.600 €	HHSt. 2.1300.985100 - 004
		575.400 €	HHSt. 2.1300.985200 – 004
Einnahmen	2011 - 2012	<u>593.600 €</u>	HHSt. 2.1300.361000 – 004
Eigenmittel		1.700.400 €	

**zu 5.5 Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: V/2009/08280**

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch erläuterte Herr Hans, dass am 1.4.2009 eine Bereichserweiterung um einen Rettungswagen erfolgte. In der ab dem 01.07.2009 geltenden Gebührensatzung Rettungsdienst wurden diese Ausgaben berücksichtigt. Die Deckung sei abgesichert.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Ausgabe für den Rettungsdienst, Haushaltsstelle 1.1600.678000 – Erstattungen an übrige Bereiche, in Höhe von 633.500 Euro.

Die Deckung erfolgt über Mehreinnahmen in der Haushaltsstelle 1.1600.115000 – Entgelte für Leistungen.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : Verwaltungshaushalt:
1.1600.678000 633.500 EUR

Deckung:

1.1600.115000

633.500 EUR

**zu 5.6 Grundsatzvorlage Zukunftskonzept Eissporthalle
Vorlage: V/2009/08274**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Knöchel, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Frau Nagel, Herr Wöllenweber, Herr Kreise, Herr Wehrich, Herr Neumann und Herr Geier.

Verschiedene Mitglieder des Ausschusses wendeten ein, dass wesentliche Grundlagen für die Beschlussfassung nicht vorliegen. So seien den Fraktionen die Satzung, der Finanzierungs- und Betriebsführungsvertrag nicht bekannt. Da die Stadt dem Verein lt. Beschlussvorschlag der Verwaltung beitreten solle, müssen die Zusammenhänge dem Rat bekannt sein.

Herr Neumann sicherte zu, dass den Fraktionsgeschäftsstellen am Freitag (23.10.2009) der Satzungsentwurf des neu zu gründenden Vereins - Eissporthalle e. V. - in elektronischer Form zugestellt wird.

Herr Geier wies darauf hin, dass es sich bei der Beschlussvorlage um einen Grundsatzbeschluss handele.

Auf Nachfrage verschiedener Mitglieder des Finanzausschusses führte Herr Neumann aus, dass es ein Auftrag des Rates an die Verwaltung sei, den Eissport für die Stadt Halle (Saale) zu erhalten. Es finde keine komplette Entschuldung des vorhergehenden Betreibers statt. Der neu zu gründende Verein soll die Eissporthalle übernehmen. Ziel der Verwaltung sei es, den Zuschuss nicht zu erhöhen. Die neue Konstruktion beinhalte folgende Vorteile für die Stadt Halle (Saale): Finanzierungssicherheit über fünf Jahre (Begrenzung des Zuschusses), Einwerbung von Fördermitteln möglich, Finanzierungsbeitrag von Dritten möglich (geplant 37 T€ von der Privatwirtschaft). Zurzeit werde weiterhin geprüft, ob eine energetische Sanierung über ein Contractingmodell möglich sei. Dass der Verein um Zuschusserhöhung bittet, kann nicht ausgeschlossen werden.

Der Schulsport werde unter den Veränderungen nicht leiden. Es sei angedacht, auch Schlittschuhlaufen im Unterricht anzubieten und als Arbeitsgemeinschaft.

Ein Bekenntnis zur energetischen Sanierung sei der Vorlage nicht zu entnehmen.

Aufgrund der Anregung / Auflage / Bitte mehrerer Mitglieder sicherte Herr Neumann zu, dass die abzuschließenden Verträge vor Abschluss dem Finanzausschuss zur Information, Beratung und Bestätigung in der Dezembersitzung (08.12.2009) vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem beigefügten Konzept zum zukünftigen Betrieb der Eissporthalle zu und beschließt:

1. die Beauftragung der Verwaltung, das Konzept mit allen Beteiligten umzusetzen;
2. den Verzicht / Erlass auf die gemäß Beschluss IV/2007/06686 vom 19.09.2007 gestundeten Forderungen aus Erbpachtzins und Grundsteuer in Höhe von 173 T€ ;
3. die Beibehaltung des gegenwärtig für den Eishallenkomplex durch die Verwaltung gezahlten Zuschusses (Vereinsport und Schulsport) in Höhe von 211 T€ p.a. für die nächsten 5 Jahre an den neu zu gründenden Betreiberverein zur Erhaltung, Sicherung und Förderung des Eissportes;
4. die Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) als Gründungsmitglied des neu zu gründenden Vereins.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle:	VerwHH:	
	<u>Verzicht rückständige Grundsteuer und Erbbauzinsen</u>	
1.9000.001000	Grundsteuer B	111.819,16 €
1.0300.261000	Zinseinnahmen aus Steuernachforderung	10.315,98 €
1.8800.142000	Einnahmen aus Erbbaurecht Stundung bis 2017	50.877,21 €
	<u>Laufender Zuschuss p.a. für Betriebskosten</u>	
1.2411.531100	sonstige Miet- u. Pachtausgaben	45.200 €
1.2418.531100	sonstige Miet- u. Pachtausgaben	36.000 €
1.5500.718000	Zuschüsse Sportförderung Vereine	130.000 €
	VermHH: keine	

**zu 5.7 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: V/2009/08264**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem TOP 5.8 beraten.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wehrich, Herr Misch, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Herr Neumann und Herr Geier.

Die Mitglieder des Ausschusses unterstützten das Ziel der Verwaltung, mehr Transparenz in den Unternehmen zu erreichen. Sie baten um Überarbeitung der Vorlage hinsichtlich der Erhöhung der Kompetenzen der künftigen Aufsichtsräte.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20. Oktober 2009 - öffentlicher Teil

Ergebnis:

Die Vorlage wurde in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17. November 2009 vertagt.

Die Verwaltung wurde gebeten, die Befugnisse der künftigen Aufsichtsräte den anderen fakultativen Aufsichtsräten der anderen städtischen Gesellschaften anzupassen.

zu 5.8 **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2009/08267**

Die Diskussion wurde gemeinsam mit dem TOP 5.7 geführt - siehe dortige Ausführungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ergebnis:

Die Vorlage wurde in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17. November 2009 vertagt.

Die Verwaltung wurde gebeten, die Befugnisse der künftigen Aufsichtsräte den anderen fakultativen Aufsichtsräten der anderen städtischen Gesellschaften anzupassen.

zu 6 **Umsetzung des Angebotes an Studierende - Erstattung des Semesterbeitrages und des Semestertickets der HAVAG
Vorlage: V/2009/08167**

Ergebnis:

Dem Antragsformular auf Erstattung des Semesterbeitrages und des Semestertickets der HAVAG wurde ohne Änderungen oder Ergänzungen zugestimmt.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung
Vorlage: IV/2009/07950**

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass der Stellungnahme des Dezernates II zum Stadtrat nichts hinzuzufügen sei.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen
einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Straßenausbaubeitragsatzung wird in folgenden Punkten geändert:

§ 4 Anteil der Stadt und der Beitragspflichtigen am Aufwand

(2) Der Anteil der Beitragspflichtigen am Aufwand beträgt:

1. bei den öffentlichen Einrichtungen, die überwiegend dem Anliegerverkehr dienen 50 %
2. bei öffentlichen Einrichtungen mit starkem innerörtlichen Verkehr 35 %
3. bei öffentlichen Einrichtungen, die überwiegend dem Durchgangsverkehr dienen 25 %

Die Unterpunkte a) – d) entfallen.

**zu 7.2 Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Realisierung eines Bolzplatzes in Heide-Süd
Vorlage: IV/2009/08028**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wehrich, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Herr Wolter, Herr Misch, Herr Knöchel und Herr Dr. Pohlack.

Herr Wehrich betonte, dass die Finanzierung möglich sein solle. Bei anderen Projekten werden regelmäßig ebenfalls Deckungsmöglichkeiten gefunden.

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass die fehlende Finanzierung nicht der Grund für die Empfehlung der Ablehnung der Verwaltung des Antrages gewesen sei. Vielmehr sei die Nähe zu den Wohngebäuden nicht zumutbar. Weiterhin könne der Vereinsplatz auch ohne Mitgliedschaft genutzt werden.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften erklärten sich mehrheitlich für diesen Antrag nicht zuständig.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, entsprechend des von Bürgern im Jahr 2008 eingebrachten Vorschlages, ein Konzept zur Realisierung eines Bolzplatzes im Stadtteilpark Grünes Dreieck in Heide-Süd zu erstellen und dem Stadtrat vorzulegen.

**zu 7.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion - Gebührendämpfung im
Kindertagesstättenbereich
Vorlage: V/2009/08139 - v e r t a g t**

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 9 Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 9.1 Stand der Umsetzung des Konjunkturprogramms II

Zu Beginn der Sitzung des Ausschusses wurde eine aktuelle Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II übergeben.

zu 10 mündliche Anfragen

Gewährungen von Leistungen für Unterkunft und Heizung

Mit den Sitzungsunterlagen wurde eine schriftliche Information des Dezernates IV - Arbeitshilfe zur Gewährung von Leistungen für Unterkunft und Heizung bei der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII und beim Arbeitslosengeld II (SGB II) und AsylbLG versandt.

Mehrere Mitglieder baten, diese Thematik in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Finanzausschusses aufzunehmen und Herrn Kogge zu bitten, die Auswirkungen für den städtischen Haushalt und die Wohnungsunternehmen darzustellen.

Umsetzung der Auflage des LVA zum Nachtrag 2009

Herr Weirich erinnerte an die zugesagte Information zur Untersetzung der globalen Minderausgabe gemäß Auflage des Landesverwaltungsamtes in der Stadtratssitzung am 28.10.2009.

zu 11 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin